

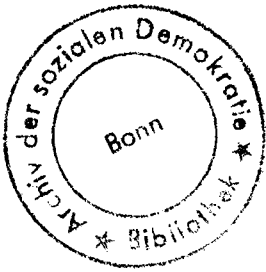
# **Zukunft für Brandenburg**

**Sozialdemokratisches Programm  
zur Landtagswahl 1990**



# **SPD**

**B R A N D E N B U R G**



A90-1675

## 1.Grundsätze

Wir Brandenburger haben unsere Identität wieder !

Lausitz, Spreewald, Uckermark und Priegnitz - markante Regionen prägen das Bild unseres Landes.

Kiefern, Wasser, Backstein - Heimatgefühl von uns 2,6 Millionen Brandenburgern.

Rund um Berlin werden wir die Probleme von über 40 Jahren Mißwirtschaft anpacken und in unserem schönen Land gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen schaffen.

Wir Brandenburger sind bekannt für unseren Fleiß.

Sozialdemokratische Politik ist es, die Gewässer und Böden zu sanieren, umweltschonende Technologien zur Grundlage jeder Produktion zu machen.

Im Strukturwandel liegt unsere Chance. Modernste und umweltverträgliche Produktionsformen müssen die alten ersetzen. Das ist der aktivste Umweltschutz.

Arbeitsplätze in Brandenburg zu schaffen, ist vorderstes Ziel von uns Sozialdemokraten. So legen wir den Grundstein für soziale Sicherheit. Verteilt werden kann nur, was vorher erarbeitet wurde. Wir stehen für gerechte Verteilung .

Unser Land braucht starke und selbstbewußte Frauen. Dafür werden wir Grundlagen schaffen: Erhalt von Kinderbetreuungseinrichtungen, Frauen-Arbeitsplatzförderung.

Brandenburg wird Bildungsland. Wir schaffen ein breit gefächertes Bildungsangebot für alle. Hochschulen bilden die Grundlage für qualifizierte Arbeitskräfte und innovative Produktion. Wir werden die Gründung einer Landesuniversität mit dezentralen Standorten unterstützen. Wer in Brandenburg sein Abitur machen will, bekommt dazu Gelegenheit. Das Bildungsniveau wird Brandenburg auszeichnen.

Wir Brandenburger finden unsere Identität in unserer Geschichte und deren Denkmälern. Dazu zählen historisch gewachsene Stadt- und Dorfstrukturen. Sie gilt es zu erhalten und weiterzuentwickeln - es gilt der Grundsatz: Erhalt geht vor Abriß.

Lebenswerte Stadtstrukturen schaffen bedeutet für uns in Brandenburg: behutsamer Neubau, schnelle Sanierung, sinnvolle Verkehrsführung und -beruhigung, Schaffung und Erhalt von Grünflächen und Spielplätzen.

Kommunalpolitik besitzt höchsten Stellenwert im zukünftigen Land, Sozialdemokraten werden dafür in der Verfassungsdiskussion einstehen. Brandenburg stark machen bedeutet, einen Beitrag für den Föderalismus in Deutschland leisten.

Kommunen, Land, Bund, Europäische Gemeinschaft - alle Ebenen müssen überschaubar sein.

Konservative Bonner Politik ist es, Macht zu konzentrieren. Wir Brandenburger werden uns stark machen, um unseren Interessen Ausdruck zu verleihen.

Wir fordern Mitspracherecht und werden im Ensemble aller Bundesländer für den Erhalt von Länderkompetenzen eintreten.

Wir sind bekannt für Toleranz. Wir werden uns zu einer starken und selbständigen Region in Europa entwickeln.

Das Zusammenleben mit Berlin werden wir auf eine feste Grundlage stellen. Berlin als zukünftige Hauptstadt wird auch auf unser Land ausstrahlen:

Brandenburg wird für Berlin entscheidende Versorgungs- und Entsorgungsfunktionen übernehmen.

Ein neuer Abschnitt in der Geschichte Brandenburgs beginnt. Wir Brandenburger werden ihn selbstbewußt gestalten. 2,6 Millionen Menschen bringen sich ein in den Prozess des Aufbruchs aus den Trümmern von Administration und gescheiterter, verkrampfter Planwirtschaft in eine menschliche Gesellschaft in einem modernen Brandenburg.

## **2. Den Aufschwung schaffen - den Strukturwandel fördern.**

### **Für die ökologische und soziale Marktwirtschaft.**

Die SPD Brandenburg hat das Ziel einen zügigen Strukturwandel einzuleiten, der uns eine moderne Wirtschaft bringt. Sicherheit der Arbeitsplätze und umweltschonende Produktionsweise sollen die brandenburgische Industrie auszeichnen. Wir sind zugleich die Garanten dafür, daß der Wandlungsprozeß sozial verträglich verläuft. Es wäre widersinnig, wenn wir nach Überwindung der Gängelung durch die SED nun eine reine Marktwirtschaft zulassen würden, in der der einzelne Arbeitnehmer durch die Entscheidungen der Unternehmer schutzlos hin und her geworfen wird.

Wir brauchen Unternehmer eingebunden in ein festes System der sozialen Verantwortung. Wir brauchen auch starke, gleichberechtigte Gewerkschaften und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

Auch die Umwelt ist schutzbedürftig.

Dem muß sozialdemokratische Wirtschaftspolitik durch ökologische Rahmensetzung und durch geeignete Anreize für die Unternehmen entsprechen.

Die Folgen der SED-Mißwirtschaft der letzten 40 Jahre sind allgegenwärtig. Es gibt strukturelle Probleme, die sich auf ganze Regionen ausweiten. Notwendig ist die Überwindung von Monostrukturen vor allem in folgenden Gebieten:

Schwedt, Guben ( Chemieindustrie ),  
Frankfurt/Oder, Teltow/Stahnsdorf,  
Hennigsdorf, Rathenow, ( Elektronik ),  
Eisenhüttenstadt, Hennigsdorf (Metallurgie),  
Lausitzer Raum/ Cottbus (Bergbau, Energie).

Für diese Regionen fordern wir den effektiven Einsatz von Fördermitteln von EG, Bund und Land, um sie als Investitionsstandorte interessant zu machen. Förderkriterien sollten vor allem die Neugründung von Unternehmen, die Erweiterung und der Einsatz neuer Technologien sein.

Deshalb werden wir

- in Zusammenarbeit mit der Treuhandgesellschaft für schnelle Entscheidungen zur Sanierung der Betriebe sorgen
- die Ergebnisse des Einigungsvertrages für eine schnelle Belegung der Wirtschaft nutzen
- in kürzester Zeit genaue Vorgaben für den Ausbau der Infrastruktur erstellen und parallel Bedingungen für die Neuansiedlung von Handwerk und Gewerbe schaffen
- in den Gebietskörperschaften Investitionshindernisse beseitigen
- schnelle Interessenvertretung Brandenburgs bei der EG und beim Bund schaffen.

Wir erkennen im wirtschaftlichen Strukturwandel unsere besondere Verantwortung für die abhängig Beschäftigten.

Wir sagen: Wer unverschuldet fällt, wird aufgefangen. Hier liegt unser besonderes Engagement.

### Förderung des Mittelstandes

Wir Sozialdemokraten wissen, daß der Mittelstand die Wirtschaft tragen muß. Kleine und mittlere Unternehmen müssen überall, in Städten und auf dem Land, präsent sein, wo sie sich unmittelbar an den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen orientieren. Kleine und mittlere Unternehmen müssen zur wichtigsten Säule der Beschäftigung werden. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik wird daher verstärkt auf die Förderung des Mittelstandes setzen.

Wir Sozialdemokraten in Brandenburg werden Anreize dafür schaffen, daß es sich für Investoren lohnt, bei uns zu wirtschaften.

Investitionshilfen, die Bereitstellung einer guten Infrastruktur und eine hochmotivierte, gut ausgebildete Arbeitnehmerschaft werden die Unternehmensentscheidungen unterstützen.

## Aufbau des Dienstleistungssektors

Der Dienstleistungsbereich wird sich neu entwickeln. Hier werden Dauerarbeitsplätze geschaffen, die Ersatz bilden können für die in der Industrie abgebauten Arbeitsplätze. Dazu gehören:

- Entwicklung eines leistungsfähigen Groß- und Einzelhandelsnetzes,
- Aufbau von Serviceeinrichtungen für Industrie, Bauwesen und Bevölkerung,
- Dezentralisierung und Erweiterung des Transport- und Beförderungsgewerbes,
- Ansiedlung und Entwicklung von Banken, Sparkassen, Versicherungen.

## Tourismus: ein erhebliches Wachstumspotential

Von besonderer Bedeutung für den Strukturwandel in Brandenburg ist der Aufbau und die Entwicklung des Tourismus. Wir brauchen Existenzgründer als auch Großanbieter im internationalen Bereich.

Wir verfügen hier in Brandenburg über eine Landschaft, die viele Touristen anzulocken vermag.

Die SPD Brandenburg setzt sich für folgende Maßnahmen ein:

- Erschließung der landschaftlich attraktivsten Gegenden für den Tourismus unter Nutzung stillzuliegender Flächen in Verbindung mit Maßnahmen der Landschaftspflege,
- Entwicklung der Hotellerie in den attraktivsten Gegenden mit entsprechenden Freizeit- und Erholungsangeboten,
- Freizeit- und Erholungszentren in verschiedenen Kategorien mit Hotellerie in Brandenburg
- wenige Freizeit- und Vergnügungszentren an Standorten, die ohne Tourismusindustrie nicht attraktiv genug sind,
- Nutzung von historischen Gebäuden (Schlösser und Villen) auch durch Spitzengastronomie und Hotellerie,

## Brandenburg entwickelt für die Zukunft

Die SPD wird über eine vorausschauende Technologiepolitik Firmen finanziell anreizen, neue Produkte zu entwickeln, den Technologiegehalt ihrer Produkte zu erhöhen sowie neue Erkenntnisse aus Forschung und Wissenschaft in ihrer Produktion zu nutzen.

Wir werden wissenschaftliche Einrichtungen erhalten und zur Stützung des Strukturanpassungsprozesses nutzen und ausbauen.

Der Industrie- und Dienstleistungsstandort Berlin, der in den nächsten Jahren im Rahmen der Hauptstadtfunction noch mehr an Bedeutung gewinnen wird, bietet für das Land Brandenburg große Entwicklungschancen.

Um die Möglichkeiten optimal zu nutzen, andererseits aber Fehlentwicklungen zu verhindern, werden wir die gemeinsame Planung auf vertraglicher Grundlage fortsetzen.

Viele Betriebe sind am Markt nicht wettbewerbsfähig, weil sie Produkte herstellen, die entweder nicht mehr gebraucht werden, oder bei uns mangels ausreichender Produktivität nicht zu konkurrenzfähigen Preisen hergestellt werden können.

Dies ist nicht die Schuld unserer Arbeitnehmer, sondern die Folge falscher Politik. Unsere Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, entsprechend ihrer Qualifikation und Leistungsfähigkeit sinnvoll eingesetzt zu werden.

Eine gute, zukunftsorientierte berufliche Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Die SPD Brandenburgs fordert und fördert daher auf dem Arbeitsmarkt verwertbare Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

### 3. Zukunft für unsere Landwirtschaft

Ziel unserer Agrarpolitik ist die Schaffung einer vielfältig strukturierten, leistungsfähigen ökologisch und sozial orientierten Land- und Forstwirtschaft. Notwendig sind verlässliche Rahmenbedingungen und Fördermaßnahmen für die Modernisierung von Vermarktung und Verarbeitung. Ziel ist die Anpassung an Markterfordernisse.

Die jahrzehntelange, verfehlte Agrarpolitik ist keine Schuld der Bauern oder der Beschäftigten in anderen Bereichen des Agrarsektors. Jetzt ist schnelle und wirksame Unterstützung als Hilfe zur Selbsthilfe erforderlich. Chancengleichheit zur EG muß hergestellt werden, damit die Krise bald überwunden wird und ein Strukturwandel einsetzen kann, an dem die Agrarproduzenten auf unserem Territorium als Bauern und nicht trendbestimmt als Lohnarbeiter beteiligt sind.

#### Für die brandenburgische Landwirtschaft fordert die SPD:

- Die Bodenreform von 1946 - 1949 muß endgültig sein
- Entschädigungsansprüche aus nach 1949 zu Unrecht enteignetem Vermögen sollen im Rahmen einer Gesamtregelung für unter der SED- Herrschaft erlittenes Unrecht abgegolten werden.
- Bauern in der DDR werden beim Erwerb und bei der Pachtung von landwirtschaftlichen Flächen in einer Übergangszeit bevorzugt behandelt.
- Eine fünfjährige Übergangszeit zur Eingliederung unserer Landwirtschaft in den EG- Agrarmarkt ist unumgänglich.
- Altrechte und Altlasten sind ein Ergebnis der Planwirtschaft des SED- Regimes und müssen vor Betriebsneugründungen entschuldet werden.

- Um Bodenspekulationen zu verhindern, müssen gemeinnützige Siedlungsgesellschaften gegründet werden.
- Die Bauern in Brandenburg sollen die Organisationsform, in der sie künftig, Landwirtschaft betreiben wollen, frei wählen können. Haben sie sich entschieden, werden sie jede mögliche organisatorische und finanzielle Unterstützung erhalten.  
Neben privatwirtschaftlichen Betrieben und den eingetragenen Genossenschaften, sehen die Sozialdemokraten das Modell der Gruppenlandwirtschaft im Land Brandenburg als ein Modell an, welches auf kooperativer Unternehmensform beruht, demokratische Prinzipien beinhaltet und modernes Management einschließt.

Eine SPD- geführte Regierung wird den Bauern besonders bei folgenden Maßnahmen helfen:

- Zusammenführung von tierischer und pflanzlicher Produktion
- Förderung der Bodenfruchtbarkeit durch stärkere Einhaltung der Fruchtfolgen mit Erholungsphasen
- Abbau der Überproduktion durch Extensivierung
- Anwendung von dezentralen Energiesystemen
- Renaturierung von Bachläufen, Bachrandgestaltung, Heckenpflanzung, Aufforstung und Flächenstilllegung
- Schaffung von Dienstleistungen in der Landwirtschaft, wie Maschinenausleihstationen, Handwerksbetriebe, Baubetriebe, Transportunternehmen, Vermarktungsbetriebe, Veredlungsanlagen, touristische Unternehmungen, weitere dörfliche Dienstleistungen ( Kindergärten, Kultureinrichtungen)
- Modernisierung von Schlachthöfen und Molkereien
- Aufbau ökologisch produzierender Betriebe mit eigenen Vermarktungsstrategien
- Schlachthöfe und Molkereien sind zu modernisieren, wobei eine drastische Konzentration zu vermeiden ist.
- Bildung neuer Vermarktungsorganisationen (Regionenbedingt aufbauen z.B. Havelland, Spreewald usw.) -
- Gründung von Agrar- Marketing- Organisationen zur Profilierung landestypischer Produkte und zur Erforschung von Absatzmärkte
- Ansiedlung von Verbrauchermärkten mit der Beauflagung des heimischen Produktverkaufs
- Aufbau und Sicherung von Saatgut und Samenbanken
- Kreditprogramme besonders für Strukturänderung und Aufbau eines brandenburgischen Marketing



## Eigentumsfrage sozial und gerecht lösen

Die aus der Bodenreform resultierenden Eigentumsverhältnisse müssen rechtlich anerkannt werden.

Für Ansprüche an Grund und Boden, welcher nicht durch die Bodenreform in anderen Besitz überführt wurde, sind unter Wahrung der rechtlichen Interessen der ehemaligen und jetzigen Besitzer Regelungen zu treffen.

Zur Vermeidung von Spekulation, Wucher sowie Unrecht am derzeitigen sowie ehemaligen Besitzer muß ein Grundstücksverkehrsgesetz erarbeitet werden.

Die Agrargesetzgebung im Land Brandenburg muß die Gleichrangigkeit aller Eigentums- und Organisationsformen in der Land-, Forst und Ernährungswirtschaft sichern.

Infolge der historisch gewachsenen Situation wird jedoch eine gemeinschaftlich betriebene Produktion und Absatzwirtschaft weiterhin Bedeutung haben.

## Umweltschutz und Landwirtschaft

Gesichtspunkte des Umweltschutzes, der Landesplanung, der Raumordnung müssen auch in der Landwirtschaft berücksichtigt werden. Bei uns in Brandenburg sind gute Voraussetzungen dafür vorhanden, daß sich die Landwirtschaft auf Betriebsgrößen einspielt, die sowohl Erwerbsmöglichkeiten bieten, als auch in der Dorfstruktur nicht übermäßig die Tradition brechen, als auch den Übergang zum ökologisch Verantwortbaren erlauben.

In diesem Rahmen öffnet eine sorgsam geplante und finanziell wirksam unterstützte Extensivierung die Aussicht, die teilweise stark geschädigten Böden allmählich zu sanieren. Ackerbau und Viehhaltung sollten auch aus diesem Grund wieder zusammengeführt werden. Die Viehbestände sind in ihrer Größe zu verringern. Im Ackerbau müssen die Schläge auf eine ökologisch sinnvolle Größe gebracht werden.

Wir werden den Flurgehölzeanbau gegen Bodenerosion schnell fördern, die Erzeugung und Vermarktung von Bioprodukten unterstützen und das Streben nach landschaftsschonender Weideviehhaltung.

## 4. Aktive Arbeitsmarktpolitik für den Bürger

Arbeitsmarktpolitik ist von der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht zu trennen.

Unsere Ziele sind Vollbeschäftigung und zukunftssichere Arbeitsplätze.

Die Sicherung der materiellen Lebensverhältnisse ist die Voraussetzung für Chancengleichheit, Freiheit und Menschenwürde.

Vollbeschäftigung kann niemand durch Gesetz bewirken.

Es gibt viele Möglichkeiten zur Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen. Umschulungsprogramme und Qualifizierungsangebote von Bund, Land, Kommunen und Betrieben sollen die Beschäftigten für die neuen Herausforderungen rüsten. Die Möglichkeiten für Teilzeitbeschäftigung werden wir verbessern.

Im Zusammenhang mit der Steigerung der Produktivität setzen wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine Verkürzung der Wochen- und Jahresarbeitszeit ein. Das schafft zusätzliche Arbeitsplätze.

Die Vorruhestandsregelung muß sozialverträglich sein.

Starke Betriebsräte und Gewerkschaften sind die wirksamsten Interessenvertretungen der Arbeitnehmer. Sie garantieren, neben den gesetzlichen Bestimmungen, humane und gesundheitsverträgliche Arbeitsplätze.

## **5. Gerechte Sozialpolitik**

Wir Brandenburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine gerechte Sozialordnung.

Weder die Kommunisten noch die Konservativen sind in der Lage, soziale Gerechtigkeit herzustellen. Die Kommunisten stellen utopische Forderungen, ohne zu erklären, wo das Geld herkommen soll.

Die Konservativen vertreten einseitig die Unternehmerinteressen, ohne auf einer gerechten Verteilung der Steuereinnahmen zu bestehen.

Die SPD setzt sich für den Ausgleich der sozialen Gegensätze zum Nutzen aller Menschen ein. Wir wissen, daß jede Mark, die für soziale Zwecke ausgegeben werden kann, erst verdient werden muß.

## **Aktive Gleichstellungspolitik**

Ein zentraler Bereich sozialdemokratischer Politik ist die Gleichstellung der Geschlechter.

Wir wollen die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Familie, Gesellschaft und Beruf durchsetzen. In einer demokratischen Gesellschaft muß es selbstverständlich sein, daß Frauen und Männer in gleicher Weise das politische und gesellschaftliche Leben mitgestalten.

Zur Gleichberechtigung gehört vor allem die Absicherung der Erwerbstätigkeit der Frauen.

Wir wollen spezielle Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen fördern, denn eine qualifizierte Ausbildung ist mitentscheidend für einen Dauerarbeitsplatz.

Wir unterstützen den Erhalt und die finanzielle Überlebensfähigkeit von Kindergärten und anderen Ganztageseinrichtungen zur Kinderbetreuung.

Wir wollen eine besondere Frauenförderung im öffentlichen Dienst. Die Personalauswahlgremien sollen paritätisch besetzt sein.

In allen Behörden und Dienststellen sollen Gleichstellungsbeauftragte mit weitreichenden Kompetenzen bestellt werden. In der zukünftigen Landesregierung werden neben dem Ministerium für Arbeit und Frauen in allen Ministerien Gleichstellungsbeauftragte wirken. Die aktive Gleichstellungspolitik werden wir in der brandenburgischen Verfassung als Verpflichtung verankern. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Beibehaltung der Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch ein. Frauenprojekte in Kultur, Bildung und im Sozialbereich werden wir fördern.

### Jung und alt

Gerade die Jugendlichen und Heranwachsenden haben ein Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf kulturelle und soziale Eigenständigkeit. Dazu gehört die bestmögliche Ausbildung und Qualifizierung.

Wir engagieren uns auf Bundesebene für eine Ausbildungsförderung, die es den Jugendlichen ermöglicht, unabhängig vom Einkommen und der sozialen Stellung ihrer Eltern zu lernen.

Wir werden Initiativen zur Bildung von unabhängigen Jugendorganisationen und von Jugendfreizeitzentren aufgreifen und unterstützen.

Alte Menschen haben nach einem arbeitsreichen Leben Anspruch auf einen Lebensabend, der frei ist von materieller Sorge und Not. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Renten der DDR-Bürger schnell denen der BRD-Bürger anzupassen.

Alte Menschen sollen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung wohnen können.

Wir werden die häusliche und ambulante Pflege fördern.

Wir werden das Angebot von Heim- und Pflegeplätzen vergrößern und die Lebensbedingungen in den Feierabend- und Pflegeheimen entscheidend verbessern.

### Gesundheitspolitik

Die beste Gesundheitspolitik ist eine Politik, die Krankheiten gar nicht erst entstehen läßt.

Der Schutz und die Wiederherstellung der Gesundheit ist eine zentrale Forderung der SPD.

Vorsorgeuntersuchungen schon in den Kindergärten und Schulen, aber auch in Betrieben, für Frauen und ältere Menschen, sind ein wichtiger Bestandteil unserer Politik.

Die bürgernahe medizinische Versorgung sollte sowohl durch Gemeinschaftspraxen und Polikliniken, als auch durch niedergelassene Ärzte in Einzelpraxen erfolgen.

Unsere Krankenhäuser bedürfen dringend einer Modernisierung. Der Bund ist gefordert, hier schnell mit den nötigen finanziellen Mitteln zu helfen, um die unerläßlichen technischen Neuerungen einzuführen.

Die Aufklärung über Drogen- und Suchtkrankheiten, über gesundheitsgerechte Ernährung muß ausgebaut werden. Ein sozialpsychiatrischer Dienst, einschließlich der anonymen telephonischen Beratung (z.B. Kinder- und Frauentelephon) ist dringend erforderlich. Sozialstationen und Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft leisten auf diesem Gebiet wirksame Arbeit.

## 6.Landesentwicklung und Umweltschutz

### Landes- und Regionalentwicklung

Sozialdemokratische Landes- und Regional-entwicklungspolitik verfolgt das Ziel, den Bürgern Lohn und Brot zu sichern und die natürliche Umwelt für uns und die künftigen Generationen zu bewahren. Eine zukunftsorientierte Politik für ein einheitliches Deutschland in der Gemeinschaft Europas muß die Lebens- und Produktionsverhältnisse in der Gesellschaft auf eine neue Grundlage stellen. Die Sicherung der geordneten räumlichen Entwicklung ist ein wichtiger Bestandteil.

Ziel der räumlichen Entwicklung ist es, möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes zu erreichen. Das gilt für alle Teile des Landes und insbesondere für das Verhältnis zu Berlin.

Berlin als Drehscheibe zwischen Ost und West ist ein hervorragender Standort im europäischen und außereuropäischen Wettbewerb. Berlin kann diese Funktion nicht ohne ein starkes Land Brandenburg erfüllen.

### Umweltschutz und ökonomische Erneuerung

Für die ökonomischen und zugleich ökologischen Hauptproblembilder des Landes Brandenburg - Rüdersdorf, Schwedt, Eisenhüttenstadt, die Braunkohlengebiete Niederlausitz, die Viehkonzentration im Kreis Eberswalde - müssen sofort regionale Sanierungskonzepte erarbeitet werden. Bei der Sanierung der bestehenden Anlagen treten wir zum Schutz der Arbeitsplätze dafür ein, daß die Anforderungen zum Schutz der natürlichen Umwelt stufenweise erhöht werden, bis wir die EG-Normen erreichen.

Bei Neuanlagen sind sofort die strengsten Normen anzuwenden. Hier gilt, daß durch die nachträgliche Sanierung entstandene Schäden allemal teurer kommen, als die rechtzeitige Vorsorge.

Die Ausweitung der Güterproduktion und die Verbesserung der Versorgung muß daher möglichst mit einer Reduzierung der Gesamtbelastung der Umwelt einhergehen.

Der wirtschaftliche Neuaufbau muß zugleich als ökologische Chance genutzt werden.

### Umweltschutz schafft Arbeitsplätze

Der notwendige ökologische Umbau der Industriegesellschaft schafft neue Arbeitsplätze. Im Rahmen der notwendigen Sanierung werden wir Beschäftigungsprogramme erarbeiten, die die wirtschaftliche Umstrukturierung sozial stützen und ökologischen Nutzen bringen.

Wir wollen die Voraussetzung dafür schaffen, daß durch die Ansiedelung von Produktionsstätten für hochentwickelte Umwelttechnologien zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen.

Wir wollen das große Potential an wissenschaftlichen Einrichtungen und qualifizierten Fachkräften für die ökologische und ökonomische Erneuerung nutzen.

### Umweltschonende Energiepolitik

Prinzip sozialdemokratischer Umweltpolitik ist die Energieeinsparung. Wir wenden uns gegen jede Art von Energieverschwendung. Deshalb müssen alle energieerzeugenden Unternehmen verpflichtet werden, Beraterfunktionen im Bezug auf sparsamsten Umgang mit Energie gegenüber den Verbrauchern einzunehmen.

Die Braunkohle bildet die Basis vieler Produktionsbereiche und ist Grundlage einer Vielzahl von Arbeitsplätzen in Brandenburg.

Leider führt Braunkohle beim Einsatz zur Energieerzeugung zu Belastungen unserer Umwelt. Gefordert ist deshalb ein durchdachtes Konzept zur Umwelt- und Energiepolitik für Brandenburg.

Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, die Braunkohlenförderung bis zum Jahr 2000 etwa zu halbieren. Bestehende bzw. neue Kraftwerke sind mit einer verbesserten Technologie auszustatten, so daß nach dem Stand des heute technisch möglichen die gleiche Menge Elektroenergie mit etwa 60% des ursprünglichen Braunkohleverbrauchs erzeugt werden kann.

Andere Energieträger als Braunkohle sind gefragt, dazu gehört insbesondere das Erdgas.

Im Land Brandenburg ergibt sich sofort die Möglichkeit, alternative Energieerzeugung zu erproben. So können stillgelegte Wind- und Wasser-Energieanlagen wiederbelebt und neue angelegt werden.

Die Gewinnung und Verwendung von Biogas werden wir fördern, erreichte Kenntnisse in der Nutzung von Erdwärme aktivieren (Neuruppin).

Abwärme ist zu nutzen. Wir wollen die Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen.

## Wasserschutz und Landeskultur

Wasser ist ein kostbares Gut. Wir müssen sparsam damit umgehen.

Die Abwasserbehandlung muß ökologisch effektiver werden. Dazu gehören:

- Sanierung und Funktionsverbesserung der Kanalisation,
- Bau moderner und Rekonstruktion vorhandener Klärwerke,
- Einführung moderner Verfahren für die industrielle Abwasserreinigung.

Die ökologischen Funktionen unserer Brandenburger Seen wollen wir wieder herstellen.

Wir wollen erreichen, daß empfindliche Gewässer von Schutzzonen umgeben sind.

Wir wollen in Spree und Havel wieder baden können.

Brandenburg ist auch eine Erholungslandschaft für Menschen, die Ruhe in der schönen Landschaft und den geschichtsträchtigen Städten und Dörfern suchen. Der Fremdenverkehr soll in einer Weise gefördert und entwickelt werden, die der Natur des Landes keinen Schaden zufügt.

In großen Teilen Brandenburgs ist die Natur noch in Takt. Dies muß so bleiben. Wir wollen die Natur der Schorfheide und des Spreewaldes besonders schützen (Biosphärenreservate) sowie den Naturschutzpark Märkische Heide und Märkische Schweiz gründen.

Wir wollen die ehemaligen Todesstreifen an der Berliner Stadtgrenze zu einem lebendigen grünen Gürtel gestalten.

Truppenübungsplätze sind der Landschaft zurückzugeben.

Alle Stadt- und Landkreise müssen angeregt werden, Konzepte für die Vermeidung und den Umgang mit Müll zu erarbeiten.

Dem Landesparlament und der Landesregierung obliegt es, sich dafür einzusetzen, daß in der Bundesrepublik und in der EG gemäß dem Verursacherprinzip alles fühlbar verteuert wird, was ohne zwingende Notwendigkeit Müll hervorbringt.

Vorhandene Deponien, besonders Sondermülldeponien müssen dringend saniert werden.

Standortvergaben für neue Deponien werden nur nach entsprechenden Umweltverträglichkeitsuntersuchungen und Bürgerbeteiligungen erfolgen.

## Ökologisch orientierte Verkehrspolitik

Planungen von neuen Verkehrsstrecken müssen nach strengen Umweltkriterien vorgenommen werden. Die Streckenführung für die Schnellverbindung Berlin - Hannover über Rathenow muß überdacht werden, da sie das bedeutendste Großtrappenreservat in Mitteleuropa berührt.

Ökologische Verkehrspolitik und die Erneuerung unserer Städte müssen Hand in Hand gehen. Die Verbesserung des Wohnumfeldes durch Verkehrsberuhigung in den Wohnbereichen ist erforderlich. Deshalb fordern wir Lärmschutz an den Verkehrsmitteln und den Verkehrswegen.

Unabhängig von den Verkehrshauptwegen sollen Fahrradwege angelegt werden. Zur Verbesserung der Stadtökologie ist es erforderlich, Grünflächen in der Stadt zu erhalten und zu schaffen.

Der Verkehr auf der Schiene soll auch aus Gründen des Umweltschutzes den Vorrang vor dem Verkehr auf der Straße, der Öffentliche Personennahverkehr soll den Vorrang vor dem individuellen haben.

Alleen dürfen nicht geopfert werden.

Wir wollen das Bewußtsein vom Wert der natürlichen Umwelt fördern.

## **7. Wohnen in Brandenburg muß sicher und bezahlbar sein**

Wohnen ist ein Grundrecht. Wir fordern: Festschreibung dieses Grundrechts in der Landesverfassung, denn: Wohnungspolitik ist zugleich Sozial- und Familienpolitik.

Vor dem Hintergrund der verfehlten Wohnungs- und Städtebaupolitik der SED wird die Notwendigkeit einer völlig neuen Herangehensweise deutlich.

Die heruntergewirtschafteten Häuser können nur in großem Umfang saniert werden, wenn eine schrittweise Angleichung der Mieten an die Kosten erfolgt. Wir treten dafür ein, daß soziale Härten durch einkommensbezogene Mietzuschüsse bzw. Wohngelder gemindert werden.

Wir stehen für ein Mietrecht, daß vorrangig der Sicherheit der Mieter verpflichtet ist, aber auch die Belange der Eigentümer berücksichtigt.

Das große Ausmaß der Schäden der verfehlten Politik der SED kann nur behoben werden, wenn in entsprechendem Umfange Wohneigentum privatisiert wird. Dabei sind Regelungen zu treffen, die eine Spekulation mit Wohnungseigentum sowie mit Grund und Boden verhindern.

Durch die Förderung von sozialem Wohnungsbau werden das Land und die Kommunen Einfluß auf die Mietpreisgestaltung nehmen. Wir treten für gesetzliche Regelungen ein, die bei Neubau einen entsprechend festzulegenden Anteil an behinderten- und altersgerechten Wohnungen festschreiben.

Ein staatliches Programm wird die Bildung von Wohneigentum erleichtern und fördern. Wohnraum kann in privater Initiative gebaut, gekauft und verkauft werden. Die Bildung von selbstgenutzen Wohneigentum wird vom Staat gefördert.

Bausparen hilft Wohneigentum zu schaffen und wird deshalb staatlich gefördert. Schaffung von Wohnraum wird gefördert durch Unterstützung beim Bau von Reihenhäusern und freistehenden Familienhäusern, durch die Förderung des Aus- und Umbaus sowie durch die Unterdrückung von zweckfremder Nutzung durch Fehlbelegungsabgaben.

Wesentlicher Schwerpunkt in Brandenburg wird die schnelle Klärung der Eigentumsverhältnisse sein.

Vorkaufsrecht jetziger Nutzer wird verbunden mit einem Entschädigungsprogramm für frühere Eigentümer aus dem Vermögen der Treuhand.

Die SPD tritt für klare schnelle Regelungen ein, denn Rechtssicherheit ist Grundvoraussetzung für Investitionsfreudigkeit.

Das Bauwesen betrachten wir als einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor in Brandenburg.

Unsere Städte und Dörfer müssen erhalten und erneuert werden. Als Grundsatz gilt: Erhalten geht vor Abreißen.

Die historischen Siedlungsstrukturen sind Bestandteil unserer Identität und verlangen besondere Aufmerksamkeit.

Darüber hinaus gilt es, hinsichtlich eines effektiven und menschlichen Zusammenlebens die gewachsenen Strukturen weiterzuentwickeln bzw. Fehlentwicklungen zu revidieren, denn Wohnen ist mehr als Wohnung.

Private Initiative, architektonische Kreativität, neue Ideen der Stadterhaltung und -gestaltung und behutsame Stadtentwicklung sind erforderlich. Das gilt in gleicher Weise auch für unsere Dörfer.

Die entsprechenden Dienstleistungen, gastronomische Einrichtungen, Spielplätze, Erlebnisbereiche, soziale Einrichtungen wie Kindergärten und Kinderkrippen, gehören in jedes Wohngebiet.

Industrie- und Gewerbeansiedelungen sowie Verkehrsplanungen müssen immer im Zusammenhang der ganzen Stadt- bzw. Gemeindeentwicklung betrachtet werden. Frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligungen an Planungen und Entscheidungen müssen Bestandteil der Kommunalgesetzgebung werden.

## **8.Verkehrspolitik in Brandenburg - Voraussetzung für eine moderne Wirtschaft**

Zur Beseitigung des desolaten Zustandes der Straßen, Schienen- und Wasserwege in Brandenburg gilt es, die beschränkten Investitionsmittel effektiv einzusetzen. Es kommt daher zunächst darauf an, die vorhandenen Verkehrswege und -mittel in einen funktionsfähigen Zustand zu versetzen.

Das erhöhte Verkehrsaufkommen auf der Straße darf nicht dazu führen, den hohen Anteil des Schienenverkehrs und des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu vernachlässigen.

Eher gilt es, die darin liegenden Chancen konsequent zu nutzen und nicht dem Individualverkehr den Vorrang zu geben.

Der Versuch, Städte autogerecht zu gestalten, ist weltweit gescheitert. Die Situation des Straßenverkehrs steht auch in den übrigen Ländern der Bundesrepublik vor dem Kollaps.



Maßnahmen werden darauf gerichtet, dem Gütertransport auf der Schiene den Vorrang zu geben. Ein möglichst flächendeckendes und attraktives Netz von Reichsbahn und ÖPNV soll den Brandenburgern den Verzicht auf den Individualverkehr erleichtern.

Busse, S- und Straßenbahnen müssen den Berlinern die Möglichkeit geben, die Erholungsziele im Umland von Berlin zu erreichen.

Die Bürger des Ost-Teils von Berlin und Brandenburg haben nun die uneingeschränkte Möglichkeit, ein Auto zu kaufen und es zu benutzen. Sosehr wir das begrüßen, darf diese Entwicklung nicht zum Zwang zur Mobilität mit dem Auto führen.

Die Bedingungen für Fußgänger, Radfahrer und Benutzer des ÖPNV müssen wesentlich verbessert werden - der Autoverkehr muß so umweltfreundlich und stadtverträglich wie möglich gestaltet werden.

## **9.Brandenburg wird Bildungs- und Kulturland**

Oberster Grundsatz sozialdemokratischer Bildungspolitik ist die Chancengleichheit und die bestmögliche Förderung aller Kinder und Jugendlichen. Dies erfordert im Land Brandenburg eine umfassende Bildungsreform, die sich auf Bildungsinhalte, auf die personelle und materielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen und auch auf die Struktur des Bildungswesens richtet. Zugleich ist eine Angleichung des Bildungswesens an europäische Normen vorzunehmen.

Dazu ist ein Schulgesetz für das Land notwendig. Außerdem ist ein Schulverfassungsgesetz vorzubereiten, in dem die Mitwirkungsrechte und Pflichten von Lehrern, Eltern und Schülern und das Zusammenwirken der am Schulwesen beteiligten Instanzen (Schulaufsicht, Schulleitung, Lehrerschaft) geregelt werden.

Eine gute Ausbildung ist zum wichtigsten Rohstoff der Industrieländer geworden. Jede weitere wirtschaftliche Entwicklung ist auf das Wissen und Können der arbeitenden Menschen angewiesen.

Unsere Kinder und Jugendlichen, aber auch wir Erwachsenen werden lebenslang lernen.

Dies ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch eine große Chance für alle Generationen. Wir profitieren von den Erfahrungen der Älteren, von der Ungeduld der Jüngeren, von der Qualifikation aller.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Brandenburg wollen jedes Kind, jeden Jugendlichen, jeden Erwachsenen nach seinen Neigungen und Befähigungen fördern.

Die neue Schule muß human und kindgerecht sein, in der jedes Kind entsprechend seinen unterschiedlichen Interessen und Begabungen gefördert wird. Sie muß gemeinsames Lernen ihrer Schüler ermöglichen und zugleich dem unterschiedlichen Leistungsvermögen und den verschiedenen Interessen ihrer Schüler gerecht werden.

Kulturausgaben sind Zukunftsinvestitionen. Das kulturelle Umfeld ist ein wichtiger Standortfaktor, wenn es um Neuansiedlung von Industrie und Gewerbe geht. Als Rahmenbedingungen begünstigen kulturelle Programme und Institutionen die Tourismusindustrie und tragen somit auch zur Arbeitsplatz- und Finanzsicherung bei.

Kultur muß ein Element der Stadt- und Gemeindeentwicklung sein.

Voraussetzung für die kulturelle Entfaltung der Menschen in den Städten und Gemeinden ist die Schaffung einer Umwelt, eines Wohnumfeldes, daß die Kreativität anregt und die Identifikation mit der Umwelt gewährleistet.

Zu den kulturellen Aufgaben gehören die Erhaltung und die Pflege des historischen Baubestandes (Denkmalschutz- bzw. -pflege) und das Schaffen neuer Lebensräume (Ortsgestaltung).

Brandenburger Kultur - das heißt:

-Erhaltung und Wiederbelebung kultureller Traditionen (Erntefeste, Parkfestspiele, Spreewaldfestspiele)

-Leben und Tradition der Sorben als eigenständiger kultureller Bestandteil

-Erhalt der Schlösser und Gärten, Klöster und Kirchen (Sanssouci, Rheinsberg, Chorin, Brandenburg)

-Entwicklung der DEFA ( UFA) zu einem Europäischen Filmzentrum

-Erhalt und Förderung der Theater, Museen, Bibliotheken, Kulturhäuser

-Aufbau eines Regionalfunk/Fernsehens

-soziale Absicherung der Künstler und Kulturschaffenden

-Unterstützung der Volkshochschulen.

Sport ist ein wesentlicher Teil der Kultur.

Er hilft ebenfalls, Identität, Kreativität, Selbstwertgefühl, Lebensfreude und Lebensqualität zu finden.

Wir treten für den Sport für alle ein.

Leistungssport, der die Würde des Menschen nicht verletzt und die Selbstbestimmung der Sportler garantiert, soll unterstützt werden. Sportvereine sind als eigensverantwortliche Organisationen vom Land und den Kommunen zu fördern.

Neben dem Erhalt und der Schaffung von Sportstätten für den Breitensport gilt unser besonderes Interesse dem Behindertensport.

Medienlandschaft Brandenburg

Unsere Kultur, unser gesellschaftliches, politisches und persönliches Leben werden in zunehmender Weise von Fernsehen und Radio, Zeitungen und Zeitschriften sowie der Musik widerspiegelt, ausgedrückt und beeinflusst. Viele Menschen nehmen die durch die Medien vermittelte Welt als Wirklichkeit wahr. Die mißbrauchte zentrale Stellung der Medien gilt es schnell abzubauen. Rundfunk und Fernsehen müssen als öffentlich-rechtliche Anstalten Bestandteile der demokratischen Öffentlichkeit werden.

In Brandenburg müssen den öffentlich-rechtlichen Medien Vorrang vor einer Medienindustrie, beherrscht durch nationale und internationale Konzerne, gegeben werden. Eine wirkliche demokratische, pluralistische Öffentlichkeit existiert erst dann, wenn sich auch die Interessen und Meinungen von demokratischen Minderheiten wahrnehmbar ausdrücken können. Dem öffentlich-rechtlichen Hörfunk- und Fernsehen obliegt die Aufgabe, ein umfassendes Angebot an Information, politischer Meinungsbildung, Unterhaltung, Bildung, Beratung und kulturellen Beiträgen zu liefern.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß vor allem gegen parteipolitische Einflußnahme gesichert und wirtschaftlich unabhängig sein.

Wir erwarten vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine Programmkultur, für die nicht allein die Einschaltquote Maßstab ist und in der kritische und provokative Beiträge nicht einer bequemen Ausgewogenheit geopfert werden dürfen.

### **10. Rechtsstaat der Bürger - für die Bürger**

Die Teilung der Gewalten und Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist das oberste Prinzip der bundesstaatlichen Ordnung.

Wir wollen, daß unser Land Brandenburg, seine Städte, Kreise und Gemeinden über gesicherte eigene Finanzen und über weitgehende Entscheidungsbefugnisse verfügen.

Die Landesverwaltung muß demokratisch und für jeden Bürger durchschaubar aufgebaut werden.

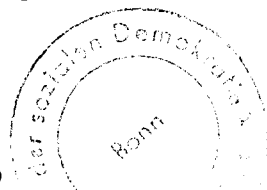
Oberste Prinzipien sind Rechtsstaatlichkeit und Bürgernähe.

Wir werden die Informationspflicht von Politik und Verwaltung durchsetzen und den Bürgerinnen und Bürgern in Brandenburg weitgehende Beteiligungsmöglichkeiten sichern. Verwaltungshandeln muß von den Bürgern in unserem Land partnerschaftlich mitgestaltet werden können und sich grundsätzlich öffentlich vollziehen.

Denn für uns Sozialdemokraten ist Politik und Verwaltung eine Dienstleistung für die Bürger, die im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger geschieht. Die Verwaltung muß den Bürgern dienen, nicht umgekehrt.

Wir setzen uns für Bürgerbeauftragte bei allen Behörden und Parlamenten ein. Sie sollen mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet sein, um die Interessen der brandenburgischen Bevölkerung an einer bürgerfreundlichen Politik und Verwaltung zu vertreten.

Innere Sicherheit ist nur möglich durch Bürgerfreiheit, Datenschutz und unabhängige Gerichtsbarkeit.



Der beste Staatsschutz ist der Schutz der Bürger vor dem Staat. Die Sicherung und Verteidigung der individuellen und sozialen Bürgerrechte ist die vornehmste Aufgabe des staatlichen Handelns.

Mit der Länderbildung geht die Hoheit über die Polizei auf die Länder über. In Brandenburg werden wir dafür sorgen, daß die Strukturen der Polizei grundlegend demokratisiert und verändert werden. Das Paß- und Meldewesen werden wir aus dem Polizeibereich herauslösen und den Kommunen übertragen. Auch Strafvollzug und Feuerwehr sind nicht Aufgaben der Polizei, sondern der Justiz und der Kommunen.

Die Ausbildung und das Selbstverständnis jedes einzelnen Polizeibeamten soll gewährleisten, daß er (oder sie) das Vertrauen der Bevölkerung genießt und von ihr als Ansprechpartner akzeptiert wird. Die Polizei als anonymer Apparat und Unterdrückungsinstrument des Staates muß endgültig der Vergangenheit angehören.

Der Polizei werden ausreichende Kompetenzen zur Kriminalitätsbekämpfung zugeteilt. Das gilt vor allem für die Wirtschafts- und Umweltkriminalität, die Drogenkriminalität und den politischen Extremismus von rechts und von links.

Wir wissen, daß Verbrechen und Unrecht nicht von der Polizei beseitigt werden können.

Dies ist Aufgabe der Politik und des Engagements aller Bürgerinnen und Bürger. Friede und Sicherheit sind Ziele, die nur durch die solidarische und kritische Teilnahme der Bevölkerung erreicht werden können.

Die Polizei braucht das Vertrauen der Bürger und der Politik zur Bewältigung ihrer Aufgaben.

Wenn die SPD Verantwortung im Lande trägt, wird sie eine demokratische Justiz aufbauen, die in der Lage ist,

- geschehenes Unrecht wieder gut zu machen und zu Unrecht verurteilte Bürger zu rehabilitieren,

- die demokratische Betriebsverfassung durchzusetzen,

- die Rechte der Mieter zu gewährleisten,

- rechtmäßig erworbenes Eigentum zu schützen,

- die Gleichberechtigung von Frau und Mann zu sichern, jede andere Diskriminierung in der Gesellschaft zu verhindern, es gibt kein zurück zum § 218

- die natürliche Umwelt als Lebensgrundlage gegenwärtiger und künftiger Generationen zu bewahren,

- den Schutz der Persönlichkeit eines jeden Menschen und seiner Privatsphäre zu garantieren.

Diese schwierigen Aufgaben werden wir mit einer Justiz lösen, die das Vertrauen der Bevölkerung besitzt und frei von Beeinflussung durch Regierung und politische Parteien ist. Richter und Staatsanwälte müssen hierfür sichere Gewähr bieten. Das erfordert eine ehrliche und rückhaltlose Aufarbeitung ihrer beruflichen Vergangenheit.

Die künftige Justiz des Landes Brandenburg in Form der Bezirksgerichte und Kreisgerichte sowie der bei ihnen tätigen Staatsanwaltschaften wird Recht auf der Grundlage der Verfassung des vereinigten deutschen Bundesstaates und der Verfassung des Landes Brandenburg sprechen. Wir wollen eine Landesverfassung, die die Menschen und Bürgerrechte wahrt, den Rechtsstaat begründet, den Sozialstaat sichert und die Umwelt schützt. Dafür wird die SPD einen Verfassungsentwurf vorlegen.

Wir werden im Einzelnen folgende rechtspolitische Forderungen durchsetzen:

- ein Grundrecht auf Arbeitsförderung
- einen wirksamen Mieterschutz.

Enteignungen sind rechtsstaatlich zu überprüfen. Zu Unrecht Enteignete sind angemessen zu entschädigen. Die durch die Bodenreform entstandenen Besitz- und Eigentumsverhältnisse sind genauso zu schützen wie Eigentum, das im guten Glauben erworben wurde.

Der Umweltschutz wird umfassend gesichert. Umweltschutzverbände müssen das Recht erhalten, die Gerichte anzurufen, wenn Umweltschutzbestimmungen verletzt worden sind.

Betriebe und Personen, die für den Menschen, die Gesellschaft im Ganzen und die Umwelt besondere Gefahren herbeigeführt haben, müssen für entstandene Schäden haften, ohne daß ihnen im Einzelnen Verschulden nachgewiesen werden muß ( Verursacherprinzip).

Der Gleichstellung bedürfen auch die durch ihre geistig- seelische oder körperliche Befindlichkeit oder ihr soziales Schicksal im individuellen und im gesellschaftlichen Leben behinderten Menschen. Für sie hat der Staat in besonderer Weise zu sorgen.

Hierzu sollten vordringlich auch die dazu bereiten gesellschaftlichen Kräfte, die Selbsthilfe der Betroffenen und ihrer Angehörigen unterstützt werden.

Die Entstehung und die Tätigkeit von Bürgerinitiativen ist vom Staat zu erleichtern und zu fördern. Sie sind Träger freier gesellschaftlicher Gestaltung, Kritik und Kontrolle.

Kriminalität, insbesondere auch die zu Lasten des Verbrauchers und Steuerzahlers gehende gewinnsüchtige und wucherische Wirtschaftskriminalität, Drogenhandel sowie individueller und gesellschaftlicher Terror sind auf rechtsstaatliche Weise entschlossen zu bekämpfen.

Der Strafvollzug ist menschenwürdig zu gestalten. Er hat in erster Linie das Ziel der Resozialisierung zu verfolgen.

Die unter dem kommunistischen Regime angesammelten Parteivermögen sind auf rechtsstaatlichem Wege gemeinnützigen Zwecken zuzuführen. Gesetze sind für jedermann verständlich zu formulieren.

Über die Einhaltung der Verfassung soll als Hüter ein Landesverfassungsgericht wachen.

## 12. Die Brandenburger SPD

In Brandenburg wurde die SPD, damals SDP wiedergegründet. Trotz der Kürze der Zeit und der äußerst ungünstigen Ausgangsbedingungen haben Sozialdemokraten schnell in vielen Kommunen, Kreistagen und Bezirksverwaltungen Verantwortung übernommen.

Nur starke kommunale Selbstverwaltung und handlungsfähige Länder mit ausreichenden Kompetenzen sind bürgernah und flexibel genug, um neue Probleme schnell anzupacken und traditionelle Eigenarten zu bewahren.

Die Sozialdemokraten in Brandenburg sind angetreten, die Krise zu bewältigen und den Strukturwandel in Industrie und Landwirtschaft zu schaffen. Zentralismus lehnen wir ab. Wir stehen für Vielfalt und Pluralität und werden zeigen: Brandenburg hat eine eigene Stimme .

Wir begreifen uns Brandenburger in einem föderalen Deutschland als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Europäisierung auf der einen Seite und Stärkung der Regionen auf der anderen ist ein Zukunftstrend, den wir unterstützen, weil er vernünftig ist und den Bedürfnissen der Menschen entspricht.

Willy Brandt schrieb bei seinem Besuch vom 10. März 1990 in Schwante, dem Gründungsort der SDP, ins Gästebuch:

"Dank denen, die anderen voraus waren".

Wir Brandenburger Sozialdemokraten fühlen uns der Verantwortung beim Aufbau des Landes Brandenburg gewachsen.

ZUKUNFT FÜR BRANDENBURG - SPD !

Inhalt	Seite
Grundsätze	1
Den Aufschwung schaffen- den Strukturwandel fördern	2
Zukunft für unsere Landwirtschaft	5
Aktive Arbeitsmarktpolitik für den Bürger	7
Gerechte Sozialpolitik	8
Landesentwicklung und Umweltschutz	10
Wohnen in Brandenburg	13
Verkehrspolitik in Brandenburg	14
Brandenburg wird Bildungs- und Kulturland	15
Rechtsstaat der Bürger - für die Bürger	19
Die Brandenburger SPD	22







Herausgeber:

SPD-Landesvorstand  
Brandenburg  
Friedrich-Ebert-Straße 61  
Potsdam 1560  
Telefon: 22030

Gedruckt im Land Brandenburg

A90-